

17. Nov. 1916.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

26. Jahrg. Wien, Freitag, 17. November 1916. Nr. 370.

Obmännerkonferenz. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain und des Ministerialkommissärs für den Ernährungsdienst Bezirkshauptmann Dr. Drexler fand heute die 60. Sitzung der Obmännerkonferenz der Wiener Gemeinderatsparteien statt.

Die Obmänner-Konferenz beschäftigte sich mit einem Referate des Magistratssekretärs Dr. Roskopf über die Einführung der Brotrayonierung. Magistratssekretär Dr. Roskopf führte aus, daß der günstige Erfolg der Mehlayonierung die Gemeinde bestimmte, auch die Rayonierung der Brotabgabe in Angriff zu nehmen. An die Ausführungen des Magistratsreferenten über die zur Einführung der Brotrayonierung erforderlichen Maßnahmen knüpfte sich eine lebhaftete Debatte, an welcher sich die Gemeinderäte Skaret, Dr. Schwarz-Hiller, Vizebürgermeister Rain, Gemeinderat Dr. Hein, Steiner und Reumann beteiligten und in welcher einmütig das vorgeschlagene Prinzip der freien Kundenliste, lediglich beschränkt durch die Leistungsfähigkeit des Erzeugers anerkannt und fast sämtliche Redner sich nur für die Abgabe des Tagesbrotbedarfes aussprachen. Die Haushaltungen können daher sich mit einer neu einzuführenden besonderen Brotbezugskarte entweder bei einem Bäckermeister oder bei einem Gemischtwarenverschleißer, Greißler, Milch und Brotverschleißer und anderen zum Verkaufe von Brot befugten Geschäftleuten oder endlich bei der Filiale einer Brotfabrik nach ihrer freien Wahl melden und es bleibt der Behörde ein Einschreiten nur für den Fall vorbehalten, als sich Uebermeldungen über die Leistungsfähigkeit eines Unternehmens ergeben würden. Die Behörden haben daher nur eine ausgleichende Tätigkeit zu entfalten.

Nach der Feststellung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Brotrayonierung nur dann einwandfrei durchgeführt werden könne, wenn sowohl das für die Broterzeugung erforderliche Mehlsquantum als auch alle anderen Materialien, wie Salz, Heizmaterial etc. sichergestellt seien, gelangt die Obmännerkonferenz zu folgenden Beschlüssen:

1. Die Obmänner-Konferenz spricht sich einmütig für die Einführung der Brotrayonierung unter Anwendung des Prinzipes der Kundenliste aus, die durch die Leistungsfähigkeit des Unternehmers (Bäcker, Brotfabrik) begrenzt ist.

2. Die Obmänner-Konferenz spricht sich weiters dafür aus, daß für den Brotbezug eine besondere Karte eingeführt und an die Besitzer der Brotbezugskarten nur der für den einzelnen Haushalt erforderliche Tagesbedarf abgegeben werden solle.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtete hierauf über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien und teilt mit, daß sich seit der letzten Obmänner-Konferenz, das ist seit dem 7. November die Kartoffelzufuhren abermals verschlechtert hätten. Von dem seitens der Regierung zur Deckung des kurrenten Bedarfes und zur Ansammlung eines Vorrates für die Wintermonate zugesagte Quantum von täglich 283 Waggons seien in den letzten zehn Tagen täglich höchstens der vierte bis fünfte Teil eingelangt und der heutige Tag mit 20 Waggons figuriere als der schlechteste.

In der diesen Ausführungen folgenden Debatte, an welcher sich Bezirkshauptmann Dr. Drexler, die Gemeinderäte Dr. Hein, Vizebürgermei-

ster Hoß, Schmid und Reumann beteiligten, wurde von sämtlichen Gemeindefunktionären auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, mit allem Nachdrucke von der Regierung abermals die Erfüllung der von ihr übernommenen Verpflichtungen zu verlangen.

Nach einer zusammenfassenden Darstellung des Ergebnisses der Beratung durch Bürgermeister Dr. Weiskirchner gelangt die Obmännerkonferenz zu folgenden Beschlüssen:

1. Die Regierung wird neuerlich dringendst ersucht, die Ausstellung von Transportbescheinigungen für die Beförderung von Kartoffeln als Stückgüter aus den Provinzen, insbesondere aus Niederösterreich nach Wien wenigstens temporär für die Zeit der Kartoffelknappheit aufzuheben.

2. Die Verhandlungen mit Ungarn, eventuell mit Deutschland mit allem Nachdrucke durchzuführen, damit eine Versorgung der Stadt Wien mit Kartoffeln aus diesen Gebieten möglich werde.

Todesfall. Am 15. d.M. starb hier nach langem schweren Leiden der Chef-Inspektions-Arzt des städtischen Strandbades Gänsehüfel Dr. Viktor Udutsch; das Leichenbegängnis findet Samstag, den 18. d.M. um dreiviertel 4 Uhr nachmittags von der Aufbahnhalle des Wiener Zentral-Friedhofes aus statt.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung am 17. November.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten:

Wieder haben wir den Verlust eines unserer Kollegen zu beklagen. Am 23. Oktober ist Gemeinderat Alfons Benda nach längerem Krankenlager gestorben. Der Verewigte gehörte dem Gemeinderat als Vertreter des zweiten Wahlkörpers des Bezirkes Simmering seit dem Jahre 1906 an, war Mitglied des Bezirksschulrates und verschiedener gemeinderätlicher Kommissionen und Ausschüsse. Ob seines ^{lauteren} ~~edlen~~ Charakters und seines liebenswürdigen Wesens von allen seinen Kollegen geehrt und geschätzt, war Gemeinderat Benda ein treuer Mitarbeiter, der den mannigfachen Verwaltungsaufgaben der Gemeindevertretung stets das regste Interesse entgegen brachte und sich insbesondere um das Schulwesen und die Jugendfürsorge verdient gemacht hat. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken. Ich habe namens des Gemeinderates der Witwe des Verstorbenen das Beileid ausgedrückt und auf den Sarg unseres Kollegen einen Kranz niederlegen lassen. Sie, meine sehr geehrten Herren, haben sich zum Zeichen der Trauer von Ihren Sitzen erhoben und Sie werden gestatten, daß ich diese Trauerkundgebung dem Protokolle der heutigen Sitzung einverleiben lasse.

Der Kaiser hat für die im Jahre 1917 stattfindende Wiener Armenlotterie ein silbernes Tafelservice als Gewinnst aus Privatmitteln gewidmet.

Der Dank wird durch Erheben von der Sitzen ausgedrückt.

Der Statthalter in Böhmen dankt dem Gemeinderate für die Widmung eines Betrages von 5000 K anlässlich der durch den Bruch der Talsperre der Weißen Dese verursachten Ueberschwemmung.

Gespendet haben:

Herrnhausmitglied Willy Ginzkey anlässlich seines 60. Geburtstages festes 5000 Kronen für die Armen;

die Besitzer des Kaffee Mändl Adolf Haag und Anton Ganauser 1000 K für die Armen und die armen Kinder des 1. Bezirkes;

Marie Gräfin Salm 1000 K zur Beteiligung von armen insbesondere kranken Kindern von gefallenen oder im Felde stehenden Soldaten; Agramia-Import-A.G. 1000 K für die Armen; die Militär-Kaffee-Konservenfabrik A. Zupnik 200 K für die Armen

des 6. Bezirkes;

die Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes in Wien 200 Kronen für die Armen;

ein Ungenannter anlässlich seiner Eheschließung 100 K für die Armen; Schautellerin Johann Dworschak 50 Kronen für die Armen des 16. Bezirkes;

Alexander und Hans Burgstaller je 50 K für die Armen des 5. Bezirkes; Gemüsegärtner Leopold Marksteiner 20 K für die Armen;

Für die Aktion „Warmes Frühstück für die Schulkinder“:

die Wiener Großmolkerei Karl Hummel 400 K; Franz Tübler 100 K, Josef Euberl 20 K, Karl Sorgi 20 K, Frau Baumeister Hermine Roth 100 K, Direktor Josef Kleinpeter 300 K, dessen Gattin Sophie Kleinpeter 50 K, Franz von Prati 10 K, die Agramaria-Import-A.G. 1200 Kilogramm Dosen-Suppenextrakt.

Letztwillig vermacht haben:

Georg Herberth je 1000 K für die Armen der Bezirksteile Hütteldorf und Baumgarten;

Lorenz Bayer 1000 K für die Armen des Bezirkes Hernals;

Hochwürden Karl Jahn 500 K für arme Kinder im 2. Bez. Darwinschule;

Für die städtischen Sammlungen:

Präsidentin Henriette Feilchenfeld eine Bronzestatue von Hans Ditrich darstellend den Hofschauspieler Reimers als „Dunois“.

Oberleutnant Graf Viktor Dubsy Erinnerungsgegenstände aus dem Nachlaß der Dichterin Marie v. Ebner-Eschenbach, ferner die Totenmaske und eine Handschrift der Dichterin. (Die Gegenstände sollen in einer an das Arbeitszimmer der Dichterin erinnernden Gruppe im neuen Stadtmuseum aufgestellt werden.)

Gräfin Marianne Kinsky ein Portrait der Gräfin Marie Dubsy, Mutter der Baronin Ebner-Eschenbach.

Juwelier Franz Rumpold ein handschriftliches Gebetbuch aus dem 18. Jahrhundert, ein altes Notizbuch mit Perlenstickerei und 5 verschiedene Andachtsgegenstände.

Stadtrat kaiserlicher Rat Baron sein Bildnis, Oelgemälde von Hans Schachinger;

Oberleutnant Julius Popper drei von ihm gezeichnete Aufnahmen des von der Gemeinde Wien eingerichteten Kriegspavillons im Kaiser Jubiläumsspitale.

Die Bundesleitung der Oesterr. Gesellschaft vom Roten Kreuz hat den städtischen Sammlungen für die Kriegssammlung eine große Anzahl von Drucksachen, Abzeichen, Photographien, etc. gespendet.

In Beantwortung einer Interpellation des Gemeinderates Reumann aus der letzten Sitzung über die Armenschuhbeteiligung führt der Bürgermeister aus: Der Magistrat hat die Verwahrung, Ausgabe und Verrechnung der Schuhe aus Zweckmäßigkeitsgründen in jedem Bezirke an einer Stelle zentralisiert. Der Verteilungsvorgang und die Ausstellung der Anweisungen ist nach den Erfahrungen der Praxis so einfach als nur irgend möglich geregelt worden. Die Armeninstitutsobmänner sind überdies ermächtigt sowie schriftlich und mündlich dringendst ersucht worden, die Schuhe in kurzem Wege, das heisst ohne weitere Erhebung auszufolgen, wenn für Bedürftige von der Schulleitung, vom Ortsschulrate oder vom Frauenarbeitskomitee Schuhe angesprochen werden. In der Tat ist die erste Hälfte der Schuhe, die bisher allen Armeninstituten zugeführt worden ist, mit größter Raschheit ausgefolgt worden. Die Kosten für diese Schuhverteilung werde ich als Kriegsauslage verrechnen lassen.

Die Eintragung der Schuhbeteiligung war von vorneherein vom Magistrat ausschliesslich nur zum Zwecke der Evidenzführung vorgesehen, um Doppelbeteiligungen zu verhindern. Die Gemeinde Wien strebt ja wie

2/

Jede andere Großstadt mit geordneter Verwaltung an, daß in den Be- teilungskatastern alle öffentlichen und privaten Unterstützungen jeder- zeit verzeichnet werden. Mit dieser Eintragung ist an und für sich über die Natur der Unterstützung und ihre allfällige rechtliche Bedeutung in keiner Weise verschieden. Was die gegenwärtige Schuh- beteiligung betrifft, ist inzwischen zur Vereinfachung der Gebahrung verfügt worden, daß die Eintragung in den Armeninstitutskatastern zu unterbleiben hat. Zum Zwecke der Evidenz werden lediglich die Schuhanweisungen in alphabetischer Ordnung in der Abteilung XI des Magistrates Dr. Winkler. Die Gemeinde Wien hat für eine entsprechende Förderung der Bekleidungsvereine vorgesorgt.

Bgm. Dr. Weiskirchner fährt dann fort: Ich möchte zu Beginn der Tagesordnung einige Bemerkungen über die durchgeführte Mehlayonierung machen: Die Mehlayonierung wurde bekanntlich vom Magistrate in den letzten Wochen durchgeführt und trat am 12. November 1916 in Kraft. Es wurden insgesamt 814 städtische Mehlabgabestellen geschaffen, welchen im Durchschnitte je 720 Haushaltungen angeschlossen wurden. Da das Ernährungsamt die direkte Belieferung der Konsumvereine, der verschie- denen Beamtenorganisationen und des Lebensmittelverbandes übernommen hatte, ergab sich die Notwendigkeit, für die Mitglieder der zuletzt genannten Konsumentenvereinigungen blaue Bezugskarten auszustellen und sie schon aus den städtischen Verschleißstellen auszuschalten. Von den Brotkommissionen wurden über 550.000 Mehlabzugskarten in einem Zeitraum von 5 Tagen ausgefolgt und die erforderlichen Nachungen glatt durchge- führt. Das provisorische Ergebnis ist dahin zusammenzufassen, daß von dem gesamten, auf Wien entfallenden Kochmehlkontingente von rund 110 Waggons - 61.6 Waggons Kochmehl bei den städtischen Verschleißstellen in Anspruch genommen wurden. Da die Anmeldung auf den Mehlbezug gleichzeitig mit der Mehlayonierung an die Verschleißlokale erfolgte, mußte die erste Dotie- rung der Verschleißstellen im vollen Umfange erfolgen. Die Zufuhr dieses großen Quantum hat sich trotz des notorischen Mangels an Transportmit- teln durch eine umsichtige Disposition glatt abgewickelt und konnte in 3 Tagen durchgeführt werden. Nachdem die erste Mehlbezugswoche gestern abgeschlossen wurde, kann auf Grund eines allgemein übereinstimmenden Urteiles festgestellt werden, daß der für die Mehlayonierung eingerich- tete städtische Apparat in klagloser Weise und ohne Störung funktioniert (Beifall.), was auch allseits von der Bevölkerung mit Befriedigung aner- kannt wird. Auch für die nächste Bezugswoche wird es möglich sein, den auf die Mehlkontingente entfallenden Bedarf in vollem Umfange zu decken. (Beifall.) Ich spreche bei diesem Anlasse, dem bei dieser Aktion tätigen Beamten, insbesondere dem Magistratsrate Dr. Jamöck und Magistrats- Sekretär Dr. Roßkopf gerne Dank und Anerkennung aus. Der besondere Dank gebührt auch den Lehrern, welche bei dieser Aktion tätig waren, auch der Wiener Presse, die durch ihre Aufklärungsarbeit die Aktion so wirksam unterstützt hat, gebührt der größte Dank. Weiters fühle ich mich verpflichtet, einen Bericht über die Kartoffelversorgung Wiens zu erstatten: Bereits Mitte Juli 1916 hat der Magistrat dem Ministerium des Innern ein Programm über die Versorgung Wiens mit Kartoffeln in den Winter- monaten vorgelegt. Im Laufe des Monats August fanden eingehende Verhand- lungen mit der Regierung in dieser Angelegenheit statt. Anfangs September wurde das Programm endgültig festgelegt und der Gemeinde für die Zeit bis Ende April 1917 eine Gesamtmenge von 2.000 Waggons zugesprochen, die auch dem Bedarf der Truppen und militärischen Anstalten in Wien, der staatlichen Kranken- und Landeswohlthätigkeitsanstalten sowie der Eisen- bahn- und Lebensmittelmagazine decken soll.

Da aus verschiedenen Gründen diese Versorgung erst Ende September oder anfangs Oktober einsetzen konnte, wurden für die Versorgung im Monat September besondere Massnahmen getroffen, die es ermöglichten, die Kartoffelversorgung in diesem Monate im allgemeinen ohne grössere Anstände durchzuführen; hierzu trug vor allem auch die Möglichkeit der Selbstver- sorgung vieler Haushaltungen und Gastwirtschaften im Wege des Stückgut- verkehres bei-

Inzwischen hat der Magistrat alle Vorsorgen getroffen, die sich auf die Bereitsstellung von Lagern für die Unterbringung der Vorräte, auf die Bestellung von Mannschaften und Fuhrwerk und die Einrichtung des Bahnhof- dienstes beziehen.

Unterbringung von 3000 Bahnwagen in den Mieten nächst den Bahn- hofen Klein-Schwechat und Stadlau.

Unterbringung von 2000 Bahnwagen in verschiedenen anderen, der Gemeinde zur Verfügung stehenden Räumen.

Diese 5000 Bahnwagen sollten den eigentlichen Winterm-Vorrat bilden. Die übrigen 7000 Bahnwagen sollten teils den laufenden Bedarf bis Ende Dezember decken teils zur Bevorrätigung der Lebensmittelmagazine, Konsumvereine, Händler und jener Privatwirtschaften dienen, die geeignete Lagerräumlichkeiten besitzen.

Beim Bahndienste und beim Transporte der Kartoffeln sind 1270 Landsturm-Arbeiter, bei den Einmietungsarbeitern 1050 Kriegsgefangene beschäftigt.

An Fuhrwerk stehen zur Verfügung 80 Bespannungen teilweise unter Zuhilfenahme von Pferden des Stellwagenbetriebes, der einzelnen Verkehrs- linien einstellte, und von der Militärverwaltung beigegebene Autozüge, bis zu 20 Tonnen.

Die städt. Strassenbahnen befördern derzeit mit 43 Lorries täglich durchschnittlich 21.5 Bahnwagen.

Die Kartoffelzuschübe durch die Kriegsgetreide-Verkehrs- anstalt setzten mit ungefähr 6. Oktober ein und hielten sich bis 16-Oktober in einer solchen Höhe, die zwar nicht die Ansammlung grosser Vorräte durch die Gemeinde, aber immerhin die Befriedigung des laufenden Bedarfes sicher- te. Am 17- Oktober begann ein Abflauen, in weiterer Folge verminderte sich die Zufuhr in besorgniserregender Weise. In der Zeit vom 17-Oktober bis einschliesslich 16- November bezifferte sich der Gesamteinlauf mit 3605 Bahnwagen d-i- durchschnittlich 116 Bahnwagen, während nach dem ob- erwähnten Programm täglich 283 Bahnwagen einlaufen sollen. In den letzten 10 Tagen ergibt der Einlauf im einzelnen folgendes Bild:

	f.d. laufenden Bedarf	f.d. Einmietung:	
6. November	92	41	Bahnwagen
7. "	54	28	"
8. "	73	17	"
9. "	55	31	"
10. "	84	20	"
11. "	65	36	"
12. "	64	28	"
13. "	67	28	"
14. "	36	6	"
15. "	31	13	"
16. "	47	11	"
17. "	26	1	"

Der heutige Tag brachte den Tiefstand des bisherigen Einlaufes. Unter diesen Verhältnissen kämpft die Kartoffelversorgung mit den grössten Schwierigkeiten, und es ist nur die Befriedigung des allerdingendsten Bedarfes unter Heranziehung der ohnehin sehr geringen Lagerbestände der Gemeinde möglich.

Ich muss daher von hier aus an alle Haushaltungen, die Vorräte haben, dringend die Bitte richten in nächster Zeit nicht auch noch auf den Märkten zu erscheinen und die Kartoffel denjenigen Parteien zu über- lassen, die keine Vorräte haben und die Tag für Tag ihr Kartoffelbedürfnis zu befriedigen haben. Jedenfalls sei von dieser Stelle aus konstatiert, dass die Gemeinde alles vorgesorgt hat, was in ihrer Wirksamkeit gelegen ist, da diese Art der Versorgung der Bevölkerung anders geordnet werden muss als es bisher von der Regierung und der Kriegsgetreideverkehrs- anstalt geschehen ist. Die Obmännerkonferenz hat in dieser Angelegenheit heute Beschlüsse gefasst. Ich habe mich übrigens zur Audienz beim

Ministerpräsidenten Dr. von Körber anmelden lassen, damit ich frank und frei ihm die Lage schildere, damit er durch Energie und Tatkraft diesen Zuständen ein Ende macht, damit die Kartoffelversorgung Wiens wieder in planmässiges Geleise kommt.

Gemeinderat Leitner stellt folgende Anfrage: In der Ausgabe vom 16. November wird unter der Rubrik „Sittenbilder von der Produktenbörse“ folgende Nachricht gebracht: „Wir wissen, dass ein sehr reiches Mit- glied der Fruchtboerse im Lagerhaus der Stadt Wien noch mehrere Waggons Reis liegen hat, die zu einem Preise von etwa 75 K für den Zentner im Durchschnitte gekauft wurden und heute bereits zu 600 K für den Zentner leicht verkäuflich wären“. Da ich die Ueberzeugung besitze, dass ein solcher Vorrat eines Privaten an einem unentbehrlichen Lebensmittel in dem Lagerhaus der Stadt Wien sicherlich schon längst von antwegen der Beschlagnahme zugeführt worden wäre, stelle ich die Anfrage: „Ist dem Herrn Bürgermeister von einem solchen Reisvorrat eines Privaten im städtischen Lagerhaus etwas bekannt?“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Der Direktor des städti- schen Lagerhauses Dr. Nübel berichtet mir, daß im Lagerhaus der Stadt Wien weder für ein Mitglied der Fruchtboerse noch für einen sonstigen Privaten Reis lagert.

Gemeinderat Herold stellt folgende Anfrage: In Deutsch- land ist es den Hausfrauen bereits bewilligt worden, in entsprechen- dem Ausmasse im Ernährungsamte mitzuarbeiten und Ihre Interessen zu vertreten. Ich nehme den Standpunkt ein, dass in diesem wichtigen Amt nicht nur Sachverständige und Fachleute, sondern auch unsere österreichischen Hausfrauen mitzuwirken haben. „Ist Excellenz Herr Bürgermeister geneigt, seinen grossen Einfluss geltend zu machen, dass diese dringend berechnete Forderung bei der Regierung die ent- sprechende Berücksichtigung findet?“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Anfrage dem Ernährungsamte überreichen.

Gemeinderat Neustadt stellt folgende Anfrage: Die Verord- nung betreff der Milchverarbeitung an die Konsumenten enthält manche Schärpen, die trotz aller Sparsamkeit bei diesem wichtigen Nah- rungsmittel doch behoben werden könnten. Während bei Fett auf die Diabetiker durch Verdoppelung der vorgeschriebenen Ration, eventuell auch darüber, Rücksicht genommen wird, erhalten bei Milch nur die Kinder bis zu 2 Jahren ihr entsprechendes Quantum, während die Schwerkranken trotz ärztlicher Anordnung auf ausgiebige Milchmahnung unberücksichtigt bleiben. Nicht nur dass keine Erhöhung der Milchra- tion erfolgt, erhalten viele dieser Leidenden oft gar keine Milch. Um jeden Unfug zu steuern könnten die Schwerkranken von politischen oder städtischen Aerzten untersucht und ihnen auf die Dauer ihrer Krankheit Legitimationen zum Bezuge eines entsprechenden Milchquan- tumes verabfolgt werden. Ein Gebot der Menschlichkeit erfordert stren- ge diese Massregel, während die Gesunden sich füglich der Milchmahnung enthalten könnten. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, diesbezüglich beim Ministerium des Innern vorstellig zu werden.

3
Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Eine solche Regelung liegt nicht im Wirkungskreise der Gemeinde und ist auch sehr schwierig. Ich werde diesbezüglich bei der Statthalterei vorsprechen.

Gemeinderat Hohensinner stellt folgende Anfrage: Der große Mangel an Lebensmitteln und die unerträglich hohen Preise aller Bedarfsartikel haben eine Surrogaten-Industrie hervorgerufen, welche bei der Verbrauchs- und Ernährungsökonomie, zu der der Krieg uns zwingt, eine direkte wirtschaftliche Gefahr bedeutet, weil der Käufer nicht in der Lage ist, die Güte und den Preis des Ersatzmittels richtig zu beurteilen. Der wehrlose Käufer muß daher gegen diese Art der Ausbeutung geschützt werden. Da, wie die Erfahrung lehrt, das Strafgesetz nicht ausreicht, so hat man in den größeren deutschen Städten städtische Prüfungsstellen errichtet, die, ohne einen behördlichen Auftrag oder eine private Beschwerde abzuwarten, jeden neuen Artikel fachmännisch prüfen lassen und wenn ein Schwindel vorliegt, die Bevölkerung in den Zeitungen vor dem Ankauf warnen. Am sichersten würde allen Ausschreitungen der Ersatzmittel-Industrie aber ein staatliches Ueberwachungsamt begegnen können, dem jeder neue Artikel vorgelegt werden muß und das die Erlaubnis zum Verkaufe erteilt und die Preise bestimmt. Dieses staatliche Ueberwachungsamt müßte dem Ernährungsamt eingegliedert sein. Es wird gefragt: 1. Welche Maßnahmen wurden gegen den schwindelhaften Verkauf von Ersatzmitteln getroffen? 2. Welche Stellung nimmt der Bürgermeister zu den in Deutschland bestehenden städtischen Prüfungsstellen für Ersatzmittel ein? 3. Ist der Bürgermeister geneigt, im Ernährungsamt die Errichtung eines staatlichen Ueberwachungsamtes in Vorschlag zu bringen?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich anerkenne vollständig die Berechtigung, dass auf die vorhandenen Mängel im gegenwärtigen Verkehre mit Ersatzmitteln für unentbehrliche Bedarfsartikel hingewiesen wird. Ich möchte jedoch erwidern, dass der Komplex der Anfragen weit über die Wirkungskreise des Gemeinderates hinausgeht und werde die Anfrage als Antrag behandeln und der Regierung beziehungsweise dem Ernährungsamt vorlegen.

Gemeinderat Ullreich interpelliert bezüglich der Festsetzung von Höchstpreisen für Fleisch in Wien und bemerkt, dass die Einkaufspreise für Vieh in Niederösterreich mit Ausnahme von Wien und Wiener Neustadt durch eine Statthalterei-Verordnung geregelt wurden. Für diese beiden letzteren Städte wären Höchstpreise deshalb nicht anwendbar, weil sowohl auf den Wiener Markt als auch auf den Markt in Wr. Neustadt ungarisches Schlachtvieh gelange, das weitaus teurer sei als jenes heimischer Provenienz. Diese Begründung sei jedoch unrichtig, weil fast kein ungarisches Vieh auf den Wiener Markt kommt. Gemeinderat Ullreich fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, bei der Statthalterei auf die Festsetzung von Höchstpreisen hinzuwirken.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Festsetzung von Höchstpreisen für Rindfleisch in Wien ist abhängig von der solcher Preise für Lebendvieh auf dem Wiener Zentralviehmarkte. Diese Frage ist aber, soll die Versorgung Wiens mit Rindfleisch nicht etwa beeinträchtigt werden, sehr vorsichtig zu behandeln, da für die Beschickung des Wiener Marktes nach wie vor, insbesondere bei der seit langem herrschenden Knappheit an schlachtreifen Rindern, noch immer den ungarischen Bezügen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt; wenn es auch richtig ist, daß seit 16. d.M. Rinder ungarischer Herkunft auf dem Markte nicht aufgetrieben werden sind, so darf doch nicht übersehen werden, daß seit dieser Zeit auf dem Wege der „Außer Markt“-Bezüge Rinder aus Ungarn nach Wien gebracht wurden u. zw. in der Woche vom 15. bis 21. Oktober 265 Stück, vom 22. bis 23. Oktober 276 Stück und außerdem 549 Büffel, vom 29.

Oktober bis 4. November 248 Stück und vom 5. November bis 11. November 57 Stück. Ferner darf auch nicht übersehen werden, daß die Festsetzung von Höchstpreisen für Rinder auf dem Zentralviehmarkte umfangreiche, tief in die Marktverhältnisse einschneidende legislative Maßnahmen erfordert, die seit langem Gegenstand sehr eingehender Beratungen der k.k. Regierung bilden. Die Gemeinde Wien hat, soweit es in ihrer Macht stand, auf eine möglichst schleunige Durchführung dieser Maßnahmen wiederholt gedrungen. Sicherem Vernehmen nach sind die gegenständlichen Beratungen der k.k. Regierung abgeschlossen und steht die Erlassung der erforderlichen Verordnungen unmittelbar bevor.

Gemeinderat May stellt eine Anfrage bezüglich der in Wien immer mehr fühlbar werdenden Petroleumnot. Tausenden von kleinen Leuten seien durch diese Kalamität in ihrer Erwerbsmöglichkeit stark gefährdet, besonders Heimarbeiterinnen leiden schwer darunter, weil jede Arbeit in den Abendstunden infolge Mangels an Licht unmöglich wird. Namentlich in den äußeren Bezirken sei die Lage der kleinen Leute die denkbar traurigste. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister seinen ganzen Einfluß zur Geltung bringen und sich dieser dringenden Angelegenheit annehmen wolle. Weiters wird gefragt, ob der Bürgermeister maßgebenden Orten darauf aufmerksam machen wolle, daß durch die bestehende Petroleumnot tausende von Familien in ihrer Erwerbsmöglichkeit bedroht sind und daher eine schnelle Abhilfe dringend notwendig geworden ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe selbstverständlich auch der Frage der Versorgung Wiens mit Petroleum und zwar schon bald nach Kriegsausbruch und seitdem ununterbrochen mein volles Augenmerk zugewendet und wiederholt in Eingaben die k.k. Regierung um Sicherung des Petroleumbedarfes der Bevölkerung der Gemeinde Wien ersucht. Ich begnüge mich jedoch nicht mit der Verfassung von Eingaben allein, sondern habe mit allen Mitteln, sowie im vorigen Jahre auch heuer wenigstens die Schaffung eines eisernen Vorrates an diesem wichtigen Bedarfsgegenstande für Wien angestrebt; leider ist mir dies trotz aller Bemühungen nicht im erhofften Ausmaße gelungen. Wie den Herren aus den heutigen Zeitungsberichten bekannt sein dürfte, beabsichtigt die Regierung, den Verkehr mit Petroleum in ähnlicher Weise wie den mit einigen unentbehrlichen Lebensmitteln zu regeln. Mit Recht wird aber in der Anfrage auf die besondere Dringlichkeit der Behebung der Petroleumnot in Wien hingewiesen, weshalb ich auch diese Interpellation der k.k. Regierung mit dem Ersuchen um schleunigste Durchführung aller zur Behebung dieser Not erforderlichen Maßregeln vorlegen werde.

Gemeinderat Ullreich beantragt, die Direktion der städtischen Straßenbahnen zu beauftragen, in den Wartehallen der Straßenbahnen, besonders aber auch auf den Bahnhöfen die Verkehrszeiten der letzten in Betracht kommenden Züge durch Anschlag bekannt zu geben.

Gemeinderat Ullreich beantragt die Weiterführung der Straßenbahnlinie 15 bis zur Wiederkehr normaler Verhältnisse auch an Wochentagen bis zum Praterstern.

Gemeinderat Eglauer beantragt: Die städtischen Aemter sind zu beauftragen, mit aller Beschleunigung die erforderlichen Maßnahmen zur zweckmäßigen Sammlung, raschen Abfuhr und rationellen Verwertung der Küchen-, Markt- und sonstigen Wirtschaftsabfälle sowie der Knorpel, Knochen u. dgl. für Zwecke der Landwirtschaft und Viehzucht verwendbaren Ueberreste zu treffen.

Gemeinderat Steiner stellt einen ausführlich begründeten Antrag, in dem es heißt: Die erste und wichtigste Frage, welche uns nach dem Weltkriege und auf lange Zeit hinaus beschäftigen wird, ist die Frage der Fürsorge für die Kriegsteilnehmer, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen. Gegenwärtig ist eine Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und für die

Hinterbliebenen nach im Kriege Gefallenen oder infolge desselben Verstorbenen angebahnt. Die Frage einer Fürsorge für die Kriegsteilnehmer selbst und deren notleidende Angehörige ist bisher vollständig unerörtert geblieben und doch erfordert gerade diese besondere Aufmerksamkeit. Abgesehen von kleinen Geldunterstützungen von Seiten privater Vereine oder Komitees, bleibt der unbeschädigt heimkehrende Krieger ganz und gar auf sich selbst angewiesen. Wenn auch die Demobilisierung nur allmählich erfolgen wird, so können doch immerhin bei der Eigenart der verschiedenen Berufe Wochen und Monate vergehen, bevor einzelne der arbeitsfähigen Kriegsteilnehmer zu einem Erwerb kommen, der ihnen ermöglicht, sich und ihre Familie ohne fremde Beihilfe zu erhalten. Die Löhne werden nach dem Kriege, wenn die Erzeugung des Heeresbedarfes ihr Ende gefunden hat, voraussichtlich eine wesentliche Herabsetzung erfahren, die Lebensmittelpreise aber gewiß nicht in gleichem Maße sinken. Das Mißverhältnis zwischen den Kosten der Lebensführung und dem Verdienste wird daher eine große Zahl von heimkehrenden Kriegern unterstützungsbedürftig erscheinen lassen. Auch weiterhin aber wird der Kriegsteilnehmer den Anspruch auf besondere Berücksichtigung, wenigstens in Fällen unverschuldeter Notlage erheben. Ein Kriegsteilnehmer, der durch Krankheit, durch unverschuldeten Geschäftsniedergang oder durch sonstige Unglücksfälle in eine mißliche Lage geraten ist, wird sich kaum damit begnügen, auf die öffentliche Armenpflege verwiesen zu werden. Man wird es als eine Pflicht des Staates erklären müssen, die Kriegsteilnehmer nicht unverschuldet hilflos zu lassen. Dieselben Ansprüche werden aber auch hinsichtlich der Unterstützung notleidender Angehöriger oder Hinterbliebener von Kriegsteilnehmern gestellt werden. Einfacher aber auch noch dringender werden sich die Verhältnisse bei den Kriegsbeschädigten gestalten. Der Kriegsbeschädigte muß vom Staate unterstützt und im Falle seiner Arbeitsunfähigkeit gänzlich erhalten werden. Man wird sich aber auch mit der Versorgung seiner notleidenden Familie bei seinen Lebzeiten und seiner Hinterbliebenen nach seinem Tode, befriedigen müssen.

In Deutschland, das auf dem Gebiete der Sozialpolitik stets bahnbrechend voran schreitet, hat das Kapitalabfindungs-Gesetz vom 3. Juli 1916 diese Frage in großzügiger Weise einer Lösung zugeführt. Auch in Oesterreich wäre ein gleiches Gesetz dringend wünschenswert, da die im bestehenden Gesetze vorausgesehene Abfertigung in der Höhe des zweijährigen Betrages der Pension für die Praxis bedeutungslos und auch viel zu niedrig ist. Auch bei uns müßte naturgemäß die Kapitalisierung ausschließlich zur Erwerbung oder Erhaltung eines Grundbesitzes in Aussicht genommen werden und dürfte sich ebenfalls nur auf einen Teil der Bezüge (Verwundungszulagen und staatliche Unterstützung oder Hälfte der Invalidenbezüge bzw. der Witwenbezüge) erstrecken, damit der Lebensunterhalt des Rentners auch weiterhin wenigstens teilweise gesichert ist. Es bedarf wohl keiner Begründung, daß eine derartige Verordnung bzw. ein derartiges Gesetz die Bestrebungen hinsichtlich der Ansiedlung von Kriegsteilnehmern und die Heimstättenbewegung wesentlich fördern würde. Die allergrößte und mahndenste Schuld des Staates und der Gesellschaft bleiben natürlich die Witwen und Waisen der Gefallenen oder der infolge des Krieges Verstorbenen. Das Kriegsfürsorgeamt wird nach dem Kriege selbstverständlich verschwinden müssen und es wird zur Verwaltung der von demselben für die Invaliden gesammelten Gelder eine eigene Institution eingesetzt werden müssen. Der Witwen- und Waisenhilfsfond bedarf einer, alle Königreiche und Länder umfassenden bleibenden Regelung. Dazu wird noch eine Stelle geschaffen werden müssen, welche sich mit der Fürsorge für die heimkehrenden Krieger im Allgemeinen und deren notleidende Angehörige zu befassen haben wird. Es wird von allen Seiten darauf verwiesen, daß gut organisierte Arbeitsvermittlungstellen errichtet werden

4
müssen, welche miteinander in Verbindung stehen und daß vor Entlassung der Krieger eine Sammlung der freien Stellen durch Umfragen bei den Industriellen notwendig sein wird. Es erscheint dem Antragsteller nunmehr an der Zeit, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und die Regierung aufzufordern, sich mit den Vorkehrungen bei der Demobilisierung schon jetzt eingehend zu befassen.

Es drängt alles nach der Schaffung einer Zentralstelle zur Fürsorge für alle Arten von Kriegsteilnehmern, deren Angehörige und Hinterbliebene. Diese Zentralstelle kann nun entweder eine autonome, eine staatliche oder eine gemischte sein. Die autonome hat den Nachteil, daß sie die politischen und nationalen Gegensätze ausnützen kann, wogegen ihr Vorteil darin liegt, daß die weiteren Bevölkerungskreise für die Aufbringung und Widmung von Spenden und für die individuelle Mitwirkung bei den Fürsorgeaktionen interessiert bleiben. Die staatliche Organisation arbeitet einheitlich, es hält sich aber die Bevölkerung von ihr fern.

Die richtigste Lösung ist die entsprechende Verbindung eines speziellen staatlichen Verwaltungsapparates mit privaten Fürsorge-Institutionen, wie sie sich in der k.k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide verkörpert. Es müßte eine staatliche Zentralfürsorgestelle für Kriegsteilnehmer, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen mit Landesstellen in den einzelnen Königreichen und Ländern errichtet werden. Jeder Landesstelle wäre ein Kuratorium, bestehend aus Vertretern aller in Betracht kommenden privaten und öffentlichen Faktoren im Lande beizugeben. An die Spitze der Landesstellen müßten Präsidenten berufen werden, welche neben der notwendigen sozialen Einsicht auch einen entsprechenden Einfluß besitzen müßten. Die Präsidenten der Landesstellen würden, durch die Organe der beteiligten Zentralstellen verstärkt, das Kuratorium der Zentralstelle zu bilden haben, in deren Amtsstelle sich die Einheitlichkeit der ganzen Aktion zu verkörpern hätte.

In Zusammenfassung der vorstehenden Darlegungen wird der Antragsteller, der Gemeinderat wolle beschließen, es sei eine Petition an die k.k. Regierung im nachstehenden Sinne zu richten:

1. Die k.k. Regierung wird aufgefordert, eine Fürsorge auch für die unbeschädigt aus dem Kriege heimkehrenden, bedürftigen Krieger und deren notleidende Angehörige, sowie eine Fürsorge für die Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsbeschädigten unter Heranziehung der Bevölkerung zu freiwilligen Leistungen, zu organisieren und mit der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und jener für die Hinterbliebenen nach im Kriege Gefallenen oder infolge desselben Verstorbenen zu einer großen einheitlichen staatlichen Aktion, k.k. Fürsorge für Kriegsteilnehmer, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen, zusammen zu fassen.

2.) Zur Durchführung dieser Aktion wären in Anwendung der bei der Organisation der k.k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide gewonnenen Erfahrungen in den einzelnen Königreichen und Ländern, Landesstellen mit entsprechend zusammengesetzten Kuratorien und Amtsleitungen, in Wien aber eine Zentralstelle beim k.k. Ministerium des Innern einzusetzen, deren Kuratorium aus Vertretern sämtlicher Landesstellen zu bestehen hätte.

3.) Als Vermögensstock der staatlichen Aktion, wären die vom KriegsFürsorgeamt und vom Witwen- und Waisenhilfsfond während des Krieges gesammelten Gelder zu behandeln und entsprechende Zuschüsse aus Staatsmitteln zu gewähren.

4.) Die k.k. Regierung wird ersucht, endlich die Verordnung betreffend die Errichtung und den Betrieb von Kriegerheimstätten zu erlassen.

5.) Die Erlassung einer kaiserlichen Verordnung über die Kapitalabfindung von Versorgungsgenossen der Kriegsinvaliden und Krieger-Hinterbliebenen nach dem Muster des deutschen Kapitals- Abfindungs-Gesetzes vom 3. Juli 1916 in Erwägung zu ziehen und für alle Stiftungen und Widmungen zu Gunsten von Kriegsteilnehmern, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen die volle Gebührenfreiheit zu gewähren.

6.) Die Ausgestaltung und gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung in einer den Bedürfnissen entsprechenden Weise durchzuführen, damit sich ein Netz von Arbeits-Vermittlungsanstalten über alle Länder ausbreitet.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen und an die Friedigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Hierhammer referiert über eine Petition an die k.k. Regierung wegen Festsetzung von Pachtpreisen für Schrebergärten ähnlich wie in Deutschland dies durch die Bundesrats-Verordnung geschehen ist. Die Pachtzinse sollen nach Anhörung von Sachverständigen unter Berücksichtigung der Pachtpreise festgesetzt werden, welche in den Jahren 1911, 1912 und 1913 für ähnliche Grundstücke in derselben Gegend durchschnittlich gezahlt wurden. Die Verordnung hätte auf die Dauer der durch den Krieg veranlaßten außerordentlichen Verhältnisse in Kraft zu bleiben.

GR. Bretschneider erklärt, daß die Sozialdemokraten dem vorliegenden Antrag vollständig zustimmen und weist darauf hin, daß es bezeichnend ist, daß durch die Profitgier gewisser Kreise von Patrioten auch dieser Bewegung schwer leiden muß. Redner begrüßt es, dass die Gemeinde in diese Angelegenheit eingreift. Redner legt weiter an, dass die Gemeinde alle Gründe, die ihr als Gemeindegründe zur Verfügung stehen und die in absehbarer Zeit nicht bebaut werden, dieser Aktion zur Verfügung stellen möge.

GR. Josef Müller: weist auf einen Fall in Meidling hin, in welchem einem Vereine von der Firma Frankl Gründe für Schrebergärten zum Pachtbetrag von 500 Kronen zur Verfügung gestellt wurden. Der Pacht wurde aber im nächsten Jahre von der Firma auf 1000 Kronen erhöht und nur infolge Intervention des Redners war es möglich den Pachtbetrag auf 800 Kronen herabzusetzen. Vor 4 Wochen nun habe der Verein ein Schreiben von der genannten Firma bekommen, in welchem ihm mitgeteilt wird, dass sie den Pachtbetrag auf 2400 Kronen erhöht. Redner weist auf das Traurige dieses Falles hin. Weiter dankt Redner dem Referenten dafür, dass er den Antrag zur Sprache gebracht hat und würde nur die Regierung bitten bald die Verordnung zu erlassen.

GR. Dr. Hein: gibt dem Antrage sowie seinem Vorredner seine Zustimmung und verurteilt auf das schärfste, dass von gewissen Seiten eine Steigerung der Pachtzinse der Schrebergärten erfolgte, die ausser jedem Verhältnisse stehen. Redner gibt seiner Meinung Ausdruck, dass sich der Gemeinderat mit der Vorsorge für die Schrebergärten und im weiteren Sinne auch für die Kriegsgemüsegärten befassen sollte. Redner weist auch darauf hin, dass im 21. Bezirke Gründe für diese Zwecke vorhanden sind. Auch bezüglich der Mietzinssteigerungen spricht Redner seine Missbilligung aus und behält sich vor in der nächsten Sitzung des Gemeinderates einen diesbezüglichen Antrag zu unterbreiten und hofft, dass auch dieser die Zustimmung finden werde.

Der Referentenantrag wird hierauf einstimmig angenommen.

VB. Hierhammer: referiert weiter über die Schaffung von Aufbewahrungsräumen von Einrichtungen und dergleichen für die durch den Krieg in Not geratenen Angehörigen des Mittelstandes und Ueberlassung von Räumen am Dachboden des neuen Wiener Schlachthauses für Reichsdentsche Staatsangehörige zu demselben Zwecke.

GR. Schlecht-er: weist darauf hin, dass das für die genannten Zwecke in Betracht gezogene Haus im 6. Bezirke Mollardgasse 32 in sehr schlechtem Zustande sich befindet und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass bei Wiederkehr normaler Zeiten die notwendigen Adaptierungen vorgenommen werden, damit das Haus wieder regelmässig vermietet werden könnte. Redner stellt den Antrag der Magistrat wird aufgefordert einen Bericht und Kostenvoranschlag über die notwendige Instandsetzung auszuarbeiten. In seinem Schlusswort führt Referent aus, dass bezüglich der Herrichtung der Räume im genannten Hause bereits Vorsorge getroffen sei und dass was den Antrag anbelangt seitens des Magistrates die Absicht bestehe einen Umbau des Hauses vorzunehmen.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

VB. Hierhammer referiert weiters über die Beteiligung der aus Wien sich rekrutierenden Truppen des 2. Corps mit Weihnachtsgeldern und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass es die letzten Weihnachten sein mögen, zu denen wir uns im Kriegeszustande befinden. Der Referentenantrag wird einstimmig angenommen.

STR. Hermann berichtet über die Verlängerung der Verbaunungsfrist für eine Kat. Parzelle in Untermeidlung bis nach Kriegsende. (ang.)

VB. Hoss: übernimmt den Vorsitz.

STR. Hermann berichtet weiters, über die Bestimmung des Uebernahmepreises für den in seiner Liegenschaft in der Nussdorferstrasse einzubeziehenden Strassengrund. (angenommen)

STR. Satzka: berichtet über ein Kaufanbot bezüglich einer Kat. Parzelle in Gaudenzdorf. (angenommen)

VB. Hoss: berichtet über die Mehrausgaben aus Anlass des Krieges im Verwaltungsjahr 1915/16 im Betrage von 3,650.000 Kronen.

GR. Emmerling: Ich schicke voraus dass ich gar nichtsüber die Verwendung der einzelnen Beträge zu sagen habe, die wir ja voll auf billigen und zu denen wir ebenfalls einen Teil mitbeigetragen haben. Wogegen ich mich wende ist ein rein formales Bedenken. Laut Statut haben wir den Voranschlag jedesmal zu überprüfen und dient derselbe als Grundlage der ganzen Arbeit im Gemeindehaushalt. Wir haben aber auch den Rechnungsabschluss zu prüfen, der Vorschlag des Referenten aber gipfelt darin, diese Post aus dem Voranschlag 15/16 wegzunehmen und in das Verwaltungsjahr 1916/17 zu übertragen. Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir auf einer Rubrik eine Mehrausgabe haben, es wurde in einem solchen Falle aber immer ein Zuschuss oder Nachtragskredit angesprochen. Wenn wir aber jetzt und zwar zum ersten Male aus dem Voranschlag 1915/16 eine Post von 3.6 Millionen herausnehmen, ist es ganz klar, dass wir diesen Voranschlag um eben den Betrag günstiger gestalten. Ich gebe ja zu, dass es materiell ganz gleich ist, wo wir diese Post verrechnen, aber wir haben einmal bestimmte Normen wie ein Rechnungsabschluss durchzuführen ist und haben uns daran zu halten. Am Städtetag wurde für eine Beitragsleistung des Staates für die Kriegsauslagen der Gemeinde eingetreten und ich könnte mir vorstellen, dass diese Beträge deswegen aus dem Verwaltungsjahr 1915/16 ausgeschieden werden um dem Staate nicht nachträglich Gelegenheit zu geben für die Ansicht, dass diese Beträge ja bereits abgerechnet seien, andererseits scheint mir dieser Ausweg ein Vorbote dafür, dass der Rechnungsabschluss 1915/16 nicht besonders günstig aussehen wird und man schon das Jahr 1916/17 in Anspruch nimmt um diese 3-6 Millionen auf das neue Jahr hinüberzuleiten.

VB. Hoss erklärt, dass der angesprochene Betrag selbstverständlich im Verwaltungsjahr 1915/16 zur endgültigen Abrechnung kommen werde.

Gr. Dr. Hein: erklärt, dass nach dieser Aufklärung des Referenten eine Budgetäre Bemerkung eigentlich entfällt. Im Allgemeinen könne ja in Bezug auf Kriegsauslagen keine so strenge Budgetkritik geübt werden, wie in normalen Zeiten. Im Krieg ist noch jede Prophezeiung zu Schanden geworden und wenn wir auch sonst für die weitestgehende Vorsicht bei der Präliminierung sind, können wir diesem Falle all diesen Nachtragsforderungen ohne weiteres zustimmen. Der Redner hebt dann die ausserordentliche Tätigkeit der Brotkommissionen während der langen Kriegszeit und auch anderer Aemter namentlich des Konstriktionsamtes hervor, das eine ausserordentliche Mehrleistung zu erfüllen hatte. Es wäre zu erwägen, ob solche Aemter nicht eine besondere Remuneration zuerkannt erhalten könnten. Redner wiederholt namens seiner Partei auch die Förderung, dass derartige Auslagen der Gemeinden, wie sie in der vorliegenden Post enthalten sind, auf das allgemeine Kriegskostenkonto des Staates übernommen werden wollen.

DR. Angermayer: möchte dem Wunsche Ausdruck geben, dass nicht nur die Beamten des Konstriktionsamtes und die Lehrerschaft die in den Brotkommissionen tätig ist, sondern auch alle übrigen Beamten die durch hervorragende Mehrleistungen sich den wohlberechtigten Anspruch auf Remunerationen erworben haben, hener soweit es ihm Rahmen des Budget überhaupt möglich ist, mit solchen zu bedenken. Alle Beamten und Lehrer haben ja heute infolge des Krieges ein Uebermass von Leistungen zu vollbringen.

Nach dem Schlussworte des Referenten werden die Anträge genehmigt.

VB. Hoss: berichtet über die Verlängerung der Geltungsdauer des Gemeinderatsbeschlusses betreffend die Zeitbeförderung, Vorrückung, von eingedruckten Angestellten, insofern in den massgebenden Verhältnissen keine Aenderung eintritt.

Vize-Bürgermeister Hoss beantragt die Genehmigung der Geschäftsordnung für die Kommission zur Entscheidung über Beschwerden gegen die Bemessung der Gemeindeabgabe vom Wertzuwachs der Liegenschaften im Gebiete der Stadt Wien.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller wünscht, dass bei diesen Beschwerden das kontradiktorische Verfahren gestattet werde, d.h. dass den Parteien bewilligt werde, sich durch Bevollmächtigte vertreten zu lassen.

Die Anträge des Berichterstatters werden genehmigt.

Vize-Bürgermeister Hoss beantragt die Nachsicht der Bezahlung rückständiger Gebühren von Vereinen für die Benützung städtischer Amtskontrollstellen. (Angenommen.)

Vize-Bürgermeister Hoss beantragt die Ausstellung einer Haftungserklärung an das Finanz-Ministerium ~~mit~~ anlässlich der Erhöhung des Betrages der Borgung der Zuckersteuer für den auf dem Lagerhaus der Stadt Wien wegzubringenden Zucker von 500.000 Kronen auf eine Million Kronen. (Ang.)

Vize-Bürgermeister Hoss beantragt die Widmung eines Betrages von 2000 Kronen zur Verbesserung der Lage der auf der Insel Mann befindlichen nach Wien zuständigen Internierten.

G.R. Skaret findet den Betrag von 2000 Kronen für 200 Wiener als zu gering; er wünscht, dass die Regierung sich in erhöhtem Masse der internierten Staatsangehörigen annehme. Der Redner schildert die schwere Arbeitslast, die mangelhafte Verpflegung und Unterbringung der in Sibirien befindlichen österreichischen Gefangenen auf Grund einer Mitteilung eines von einem dortigen Gefangenenlager zurückgekehrten Austauschinvaliden und erzählt, dass die Gefangenen selbst Offiziere mit 25 Knutenhieben ganz ohne jeden Grund bestraft werden. Er wünscht Gegenmassregel und zwar hauptsächlich solche welche gegen die in Oesterreich gefangenen hohen russischen Offiziere gerichtet sind.

G. R. Angeli: betont, dass die Gefangenen auf der Insel Man die Pioniere Oesterreichs sind und tritt dafür ein, dass der Betrag von 2000 K auf 3000 K erhöht werde.

In seinem Schlussworte führt der Referent aus, dass der Antrag auf Erhöhung des Betrages von 2000 K auf 3000 K die Zustimmung finden werde. Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner schreitet zur Vornahme der Wahl von 6 Mitgliedern in Kommission zur Entscheidung über Beschwerden gegen die Bemessung der Gemeindeabgabe vom Mehrzuwachs von Liegenschaften im Gebiete der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Gewählt erscheinen die Gemeinderäte Georg Emmerling, Franz Kubacek, Hans Oberleuthner, Heinrich Roth, Hans Schneider und Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, sämtliche mit 93 Stimmen; weiter die Wahl von 2 Mitgliedern in der Donauregulierungskommission; gewählt erscheinen Vize-Bürgermeister Franz Hoss und Gemeinderat Heinrich Schmid mit je 93 Stimmen. In den Verwaltungsausschuss der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien werden mit je 93 Stimmen gewählt die Gemeinderäte Alfons Herold und Franz Huber.

Vize-Bürgermeister Rain berichtet über das Anbot auf Verkauf der Liegenschaften Kat. Parzelle 696 -98/1 in Ottakring zur Ausgestaltung des Kongressplatzes.

G.R. Melcher spricht sich für den Ankauf der Gründe aus und betont, dass es notwendig sei, dass bei Grundverkäufen immer der Verkäufer die Wertzuwachssteuer zu tragen habe.

Hierauf wird der Referentenantrag angenommen.

Ein Antrag des Vize-Bürgermeister Rain betreffend die Lohnerhöhung für die Bediensteten der städtischen Stellwagenunternehmung sowie ein Antrag betreffend das Anbot auf Verkauf einer Liegenschaft in Gersthof an die Gemeinde wird angenommen.

Ein Antrag des St.R. Tomola auf Bewilligung von Jahresremunerationen an die Leitung von Hilfeschulen für schwachbefähigte schulpflichtige Kinder sowie ein Antrag an die k.k. Regierung eine Petition wegen Zuerkennung von staatlichen Erziehungsbeiträgen an die unehelichen Kriegerwaisen wird angenommen.

Ein Antrag des G. R. Angermayer betreffend die Annahme des Voranschlags über das Schuljahr 1916/1917 sowie die Deckung des für dieses Jahr voraussichtlichen Abganges der Karl Diehl'schen Fortbildungsschule eine Subvention von K 4300 zu gewähren wird angenommen.

Der Antrag Heindl betreffend die Mietung von Wohnräumen im Bürgerhospitalfondshaus, I., Zelinkagasse 5, zur Unterbringung der Magistratsabteilung XII a wird angenommen.

G.R. Dr. Haas referiert über den Antrag betreffend die Zuweisung einer Subvention von 20.000 Kronen und zwar 6000 Kronen als Jahressubvention und 14.000 Kronen als ausserordentliche Subvention an den Zentralverein für Krankenpflege.

G.R. Dr. Loebenstein weist darauf hin, dass vorliegender Antrag unterstützungsbedürftig sei, da der Gemeinderat ein gemeinnütziges Unternehmen fördern, welches in der Kriegszeit ausserordentliches geleistet habe und dass damit der Gemeinderat auch sein Interesse bekunde, das er den Bestrebungen auf dem Gebiete der Krankenpflege entgegen bringe.

Der Redner wünscht den Ausbau der Krankenpflege hauptsächlich in der Richtung, dass für eine Hebung der Intelligenz der beruflichen Krankenpflegerinnen gesorgt wird.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters Dr. Haas wird der Stadtratsantrag genehmigt.

Nach einem weiteren Antrag des Stadtrates Dr. Haas wird dem Wohltätigkeitshause in Baden als Beitrag zur Bestreitung einer Weihnachtsfeier ein Betrag von 100 Kronen bewilligt.

Nach einem Antrag des Stadtrates Knoll kauft die Gemeinde Wien Gründe in Aspern im Ausmass von 21.540 Quadratmeter um K 3.30 per Quadratmeter.

Nach einem Antrag des Stadtrates Pojer werden die Baulinien für Teile der Linzerstrasse Hamilton-, Isbary-, Rosentalgasse im 13. Bezirk bestimmt.

STR. Schmid: berichtet über die Einrichtung des Elektrischen Leutewerkes auf dem neuen Naschmarkt mit einem Kostenerfordernis von 2000 Kronen (Angenommen)

STR. Schmid beantragt weiters dem elektrotechnischen Vereine in Wien wie im Vorjahr eine Subvention von 2000 Kronen zu bewilligen (angenommen)

STR. Schmid beantragt die Kenntnisaufnahme des Betriebskostenabganges der Wiener Stadtbahn im Jahre 1915/16 unter Berufung auf den Wiederholt bekanntgegebenen Rechtsstandpunkt der Gemeinde.

Ferner berichtet STR. Schmid über die Abänderung des Marktgebührentarifes für den neuen Naschmarkt. Er kommt hierbei auf die Entstehung des neuen Marktes zu sprechen und sagt: Das Hauptverdienst daran gebührt dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner, welcher die Sache mit grösster Energie in die Wege geleitet hat, sodass wir jetzt einen schönen neuen Markt besitzen. Aber auch unsere städt. Aemter haben sich verdient gemacht, insbesondere das Stadtbauamt mit seinem Direktor Dr. Goldemund und dem Baupolizeidirektor Jaekel, welche nicht bloss in der Projektierung sondern mehr noch in der Ausführung während der Kriegszeit ausserordentliches geleistet haben. Auch Marktdirektor Kommerzialrat Bauer und Oberinspektor Bauer haben sich gleich der Magistratsabteilung IX mit Sekretär Dr. Wanschura an der Spitze grosse Verdienste erworben, und endlich darf auch nicht der Genossenschaft der Marktviktualienhändler und der Bezirksvertretung vergessen werden. Ich kann nur bedauern, dass der Verdienstvolle Bezirksvorsteher Rienössel die Vollendung dieses seines Lieblingswerkes nicht mehr erlebt hat.

GR. Breuer: Durch dieses Referat wird der Schlussstein gelegt zu einem Werke, das nicht nur zur Verschönerung des Stadtbildes dient, sondern auch in Bezug auf die Provisionierung eine hervorragende Bedeutung gewinnen wird.

Neben den anderen vom Referenten genannten Persönlichkeiten verdiene aber auch der Berichterstatter selbst den vollsten Dank und die Anerkennung für seine erfolgreiche Tätigkeit (lebhafter Beifall)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

STR. Schneider beantragt die Herstellung einer Stockgeleiseanlage in der rechten Wienzeile nächst der Kettenbrückengasse im 5. Bezirk- Mit den Kosten von 60.000 Kronen. (Angenommen)

G. R. Dr. Loebenstein gibt im Lauf der Debatte seiner Meinung Ausdruck, dass den Schaffnerinnen bezüglich der Expedition der Wagen der Strassenbahn mehr Achtung nahegelegt werde.

G. R. Fischer sagt, dass er sich vorbehalte in einer der nächsten Sitzungen ~~weiter~~ bezüglich der auf der Strassenbahn vorkommenden Unglücksfälle das Wort zu ergreifen.

Nach einem Schlussworte des Referenten wird der Antrag Schneider angenommen.

Ein Antrag des Gemeinderates Schneider betreffend die Erwerbung von Gründen nächst dem Bettelbergbruch in Mautthausen in Oberösterreich wird angenommen.

Nach einem Antrage des St.R. Schneider wird dem vorgelegtem Vertragsentwurf, betreffend die Besorgung der öffentlichen Beleuchtung und die Gaslieferung an Kunden in einem Teile des X. und XII. Bezirkes durch die Österr. Gasbeleuchtungs-A.-G. zugestimmt.

Dem Antrage des G. R. Schneider nach Errichtung eines Verwaltungs- und Wohnhauses beim Kühlagerhause der Stadt Wien wird stattgegeben.

G. R. Schneider berichtet über den Antrag betreffend die Neusystemisierung von je 15 Beamten und Beamtinnenposten bei der städt. Strassenbahn.

Nach einem Antrage des STR. Zatzka erwirbt die Gemeinde Gründe in Ottakring im Ausmass von 20.569 Quadratmeter um K 4.86 per Quadratmeter.

Nach dem Antrage desselben Stadtrates wird auf einer Baustelle am Pflöstersteig in Breitensee im 13. Bezirk im Ausmass von 588.76 Quadratmeter ein Baurecht, der Bauzins wird ~~mit~~ bis zum tatsächlichen Baubeginn mit 50 Kronen und sodann mit 178 Kronen festgesetzt.

Nach einem Antrage des Stadtrates Wippl wird die Erwerbung des Hauses X. Bezirk Laaerstrasse 274 um 32.050.-- Kronen für Kindergartenzwecke genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und die öffentliche Sitzung wird geschlossen.

+++

Die Mehrlagerung.

In der nächsten Brotkartonwoche, d. i. von Sonntag, den 19. bis Samstag, den 25. ds. Mts. wird bei den städtischen Mehlabgabestellen auf Grund der gelben Bezugskarten über Verlangen die volle Kopfgüte, d. i. $\frac{1}{2}$ kg Mehl, wie in der Vorwoche, verabfolgt werden. Da sich in der ersten Bezugswoche Fälle ergeben haben, in welchen Verbraucher beim Bezuge von Mehl wohl gültige, aber von Kartentamms ~~reite~~ abgetrennte „Brot- und Mehlabchnitte“ vorwiesen, werden die Verbraucher nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass die Abtrennung der „Brot- und Mehlabchnitte“ vom Stamme der Brotkarte nur durch den Verkäufer erfolgen darf und derselbe im Sinne seiner Vorschrift verpflichtet ist, bereits vom Käufer abgetrennte Abchnitte zurückzuweisen.